

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: EG-Budget - EG-Süderweiterung -
Automobilindustrie - Entwicklungshilfe - Polen**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: EG-Budget - EG-Süderweiterung - Automobilindustrie - Entwicklungshilfe - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135515>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EG-Budget

Erneute Machtprobe

Im Machtkampf zwischen dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament um die Haushaltskompetenzen gibt es eine neue Variante: Mehrere EG-Mitgliedsregierungen kündigten an, den Zahlungsverpflichtungen, die aus dem kürzlich durch das Europäische Parlament festgelegten 2. Nachtragshaushalt für 1980 resultieren, nicht in voller Höhe nachkommen zu wollen. Dem Europäischen Parlament gelang erneut ein geschickter Schachzug, als es vertragsrechtliche Lücken und Interessendivergenzen im Rat, die in bezug auf die Regional- und Sozialpolitik regelmäßig auftreten, für die Durchsetzung seiner haushaltspolitischen Interessen auszunutzen verstand. Ob dieser Erfolg allerdings von Dauer sein wird, ist fraglich; die harte Haltung der zahlungsunwilligen Länder, die die Vorgehensweise des Europäischen Parlaments für unrechtmäßig halten, wird wahrscheinlich erstmalig die Klärung einer haushaltspolitischen Angelegenheit durch den Europäischen Gerichtshof nach sich ziehen.

In diesem Fall dürfte es den Regierungen weniger um die konkrete Nachforderung gehen als um die Wahrung ihrer bisher entscheidenden Position bei der Bestimmung des Haushaltsvolumens. Die vom Europäischen Parlament verfolgte Taktik könnte nämlich bei bestimmten Konstellationen auch in Zukunft, und dies nicht nur bei Nachtragshaushalten, zur Anwendung kommen. Der damit verbundene Machtzuwachs für das Europäische Parlament, das bekanntlich eine deutliche Erhöhung der nicht-obligatorischen Ausgaben anstrebt, würde für einzelne EG-Länder mit Sicherheit teuer. Man darf auf den Ausgang dieser erneuten Machtprobe zwischen den EG-Institutionen gespannt sein.

nt

EG-Süderweiterung

Attraktive Gemeinschaft

Acht Jahre nach der „Norderweiterung“ ist am 1. Januar mit dem Beitritt Griechenlands der erste Schritt zur „Süderweiterung“ der Europäischen Gemeinschaft vollzogen worden. Der Wille Griechenlands, unbedingt der EG angehören zu wollen, dokumentiert, daß trotz einer gewissen Resignation und Ungeduld in der Öffentlichkeit und auch bei mancher Führungsperson-

sönlichkeit der Gemeinschaft die EG nach außen offensichtlich mehr als Einheit wirkt, als wir das selbst glauben mögen.

Sie ist bisher als ein Staatengebilde aufgetreten, das sich durch eine bemerkenswerte ökonomische, politische und soziale Stabilität auszeichnete. Und die ökonomischen Anfangserfolge waren – wegen der relativ geringen Strukturdivergenzen – groß genug, um die Begehrlichkeit Dritter zu wecken. Immer häufiger und entschiedener spricht die Gemeinschaft auch politisch mit einer Stimme. Für Dritte ist das Realität, wie lange auch immer der Abstimmungs- und Einigungsprozeß gedauert haben mag. Daß die Stimme gehört wird, zeigt sich im Nord-Süd-Dialog ebenso wie in den Gesprächen mit der arabischen Welt.

Natürlich ist es attraktiv, Mitglied in einem solchen, Prosperität und Ansehen verheißenden Club zu werden. Hinzu kommt, daß die beitretenden Länder nun auf die Entscheidungen der Gemeinschaft Einfluß nehmen können, die sie bisher meistens hinnehmen mußten, wie bedeutsam diese auch immer für sie waren. Die „Norderweiterung“ hat uns zwar gelehrt, daß mit zunehmender Mitgliedszahl die Verständigung nicht leichter wird. Das gilt um so mehr, als die Strukturdivergenzen zu den beitretenden Ländern größer und die weltwirtschaftlichen Bedingungen schwieriger werden. Der wachsende Erfolg der politischen Zusammenarbeit gibt aber zu mehr Zuversicht Anlaß, als manche Verantwortliche ausstrahlen.

ho

Automobilindustrie

Auf dem richtigen Weg

Die Automobilpreise sind in einer ganz ungewohnten Richtung in Bewegung geraten: sie fallen, wenn auch nicht bei allen Marken. Dies war bereits zu erkennen, als Ford im Herbst vergangenen Jahres die Ausstattung verschiedener Modelle wesentlich verbesserte, ohne den Preis anzuheben. Auch werden seit längerem zahlreiche Fabrikate weit unter Listenpreis gehandelt. Und jetzt bröckeln auch die Listenpreise ab: gestaffelt nach der Marktgängigkeit der Modellreihen hat Opel zum Jahresbeginn die Preise bis zu 1613 DM gesenkt. Gleichzeitig verlangt BMW seinen Kunden durchschnittlich 1,4 % mehr ab.

Diese Vorgänge können offenbar nicht allein mit dem allgemeinen Rückgang der Automobilzulassungen erklärt werden, zumal bisher unter ähnlichen

Nachfragebedingungen die Preise ungerührt und im Gleichschritt heraufgesetzt worden waren. Daß diese Spielregeln heute nicht mehr gelten, ist vielmehr der scharfen japanischen Konkurrenz zu verdanken, die mit zugkräftigen Preisen und einer reichhaltigen Ausstattung ihrer Pkw starken Anklang unter den deutschen Autokäufern gefunden hat. Japanische Marken konnten auf diese Weise mehr als 10 % des deutschen Pkw-Marktes erobern. Zu den Hauptleidtragenden dieser Entwicklung zählen Unternehmen wie Ford und Opel, die über ein vergleichsweise schwach ausgeprägtes Markenimage verfügen. Diese Firmen sind daher auf dem richtigen Weg, wenn sie der japanischen Herausforderung mit den gleichen Mitteln begegnen, statt weiterhin nach Schutzmaßnahmen zu rufen, die letztlich auf sie selbst zurückschlagen müßten.

ko

Entwicklungshilfe

Schlechter Start

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts legte der Vorsitzende des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) den Jahresbericht über die Entwicklungsleistungen der wichtigsten westlichen Industrieländer für 1979 vor. Der Ressourcentransfer der OECD-Mitgliedsländer erreichte danach 1979 74 Mrd. US-\$. Das sind 2 Mrd. US-\$ mehr als 1978 und rund 75 % der weltweiten Entwicklungshilfe. Ohne die privaten Leistungen wäre jedoch dieses Ergebnis nicht erreicht worden. Sie beliefen sich im Jahr 1979 auf 47 Mrd. US-\$ und haben sich damit gegenüber 1969 verzehnfacht.

Diese Bilanz läßt den Vorsitzenden dennoch skeptisch in die Zukunft blicken. Denn die Aussichten für eine weitere Steigerung schätzt er sehr ungünstig ein. Diese Auffassung stützt sich auf die Rezession in den Industrieländern und die zunehmenden Schwierigkeiten dieser Staaten bei der Bezahlung der immer größeren Ölrechnungen und bei der Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen. Dennoch fordert der Vorsitzende mehr Hilfe von den Industrieländern, weil sich diese Probleme in einer noch viel schärferen Form auch in den Entwicklungsländern stellen.

Ob dieser Appell an die Industrieländer erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig sind die Aussichten für einen höheren Ressourcentransfer noch schlechter als in den Vorjahren. Die Bundesrepublik z. B. wird zwar – das zeigt der vorliegende

Entwurf für den Bundeshaushalt – ihre Leistungen erhöhen. Ob jedoch alle Industrieländer den gleichen Schritt tun können und werden, ist mehr als fraglich. Die dritte Entwicklungsdekade hat somit einen schlechten Start, der sicherlich nicht ohne Folgen für den ohnehin schon mit Schwierigkeiten befrachteten Nord-Süd-Dialog bleiben wird. mk

Polen

Spekulationen um ein Schuldenmoratorium

In einigen westlichen Zeitungen wird darüber spekuliert, ob für Polen ein Schuldenmoratorium notwendig sei und ob Polen nicht sogar schon selbst darum gebeten habe. Bereits vor etwa einem Jahr, als Polen mit westlichen Banken und Regierungen in Verhandlungen über die Kreditlinien für 1980 eintrat, war von Umschuldung bzw. Moratorium die Rede. Wie im letzten Jahr liegen auch heute keine handfesten Informationen über ein Schuldenmoratorium vor. Die aufgetauchten Spekulationen stützen sich wahrscheinlich allein auf eine entsprechende Forderung eines Beraters der neuen Gewerkschaft „Solidarität“. Die polnische Regierung selbst war bisher trotz der fast erdrückenden Schuldenlast nicht an einem Moratorium interessiert, weil sie um eine weitere Verschlechterung ihrer ohnehin angeschlagenen Kreditwürdigkeit fürchtet und weil die Sowjetunion mit Krediten in Milliarden-Dollar-Höhe helfend eingesprungen ist. Aber auch die westlichen Banken würden durch ein Moratorium nachträglich ungerne Fehler in ihren Kreditentscheidungen dokumentieren.

In der gegebenen Situation kann ein Schuldenmoratorium zwar nicht ausgeschlossen werden, jedoch scheint es zumindest gegenwärtig nicht wahrscheinlicher als 1980 zu sein. Im Vorjahr hatte Polen einen Schuldendienst von 7,7 Mrd. \$ zu leisten, 1981 werden es 7 Mrd. \$ sein. Von dieser Seite her dürfte also der Druck kaum zunehmen. Polens Kreditbedarf, über dessen Deckung gegenwärtig verhandelt wird, beträgt nach eigenen Angaben zwischen 8 und 9 Mrd. \$, d. h. man rechnet selbst mit einer Nettoverschuldungszunahme um 1 bis 2 Mrd. \$. Auch das ist weniger als 1980, als der Anstieg fast 4 Mrd. \$ betragen hat. Wenn die zu erwartenden Exporteinbußen 1981 nicht allzu stark ausfallen, dann muß die Schuldendienstquote 1981 nicht unbedingt höher als 1980 liegen. Vergleicht man die Gesamtsituation mit den Verhältnissen des Vorjahres, ist eigentlich nicht einzusehen, weshalb gerade jetzt ein Schuldenmoratorium kommen sollte. ga